

Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und
Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Ihr Ansprechpartner
Juliane Morgenroth

Durchwahl
Telefon +49 351 564 55055
Telefax +49 351 564 55060

presse@sms.sachsen.de*

08.11.2024

Staatsministerin Petra Köpping zum 9. November: »Null Toleranz gegenüber antisemitischen Äußerungen – aus Worten können Taten werden.«

Anlässlich des 86. Jahrestages der Reichspogromnacht ruft Sachsens Sozialministerin Petra Köpping zum Gedenken an die Opfer auf und mahnt zur Wachsamkeit gegen Antisemitismus und Rassismus in der Gegenwart: «Der 9. November 1938 markiert eine brutale Zäsur in der deutschen Geschichte. In dieser Nacht wurden in ganz Deutschland, auch hier in Sachsen, Synagogen in Brand gesetzt, jüdische Geschäfte zerstört und tausende jüdische Bürgerinnen und Bürger misshandelt, verhaftet oder ermordet. Die Reichspogromnacht war der Auftakt zur systematischen Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Sie zeigt, wie schnell aus Ausgrenzung und Hetze mörderische Gewalt werden kann. Der 9. November erinnert uns an unsere immerwährende Verantwortung, für Demokratie, Menschenrechte und ein friedliches Zusammenleben aller Menschen einzustehen - unabhängig von Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Eine lebendige Erinnerungskultur kann dabei einen entscheidenden Beitrag leisten und gleichzeitig den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken. Der 9. November lehrt uns, wozu Menschen fähig sind und wie schnell die Stimmung in der Bevölkerung kippen kann, wenn geistige Brandstifter ungestört agieren können. Es darf in Sachsen keinen Platz für Antisemitismus, Hass und Hetze geben. Eine demokratische, vielfältige und offene Gesellschaft muss immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Das sind wir nicht nur den Opfern des Holocaust, sondern allen Menschen auf dieser Welt schuldig, die von Terror und Krieg bedroht sind. Deshalb sind wir alle gefordert, jeder Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Nur so können wir eine offene und demokratische Gesellschaft bewahren.»

Beratung und Hilfe bietet das Demokratie-Zentrum Sachsen im Sozialministerium. Es ist seit Jahren ein wichtiger Ansprechpartner für alle, die sich im Freistaat mit Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gesellschaftlichen
Zusammenhalt
Albertstraße 10
01097 Dresden

www.sms.sachsen.de

Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien
3, 7, 8 Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte
elektronische Dokumente. Zugang
für qualifiziert elektronisch signierte
Dokumente nur unter den auf
www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html
vermerkten Voraussetzungen.

und demokratiefeindlichen Einstellungen auseinandersetzen wollen oder müssen. Neben der Beratung von Engagierten sowie Betroffenen, stellen Unterstützungsangebote für Kommunen sowie lokale Verantwortungstragende einen Schwerpunkt der Arbeit dar. So bietet der RAA Sachsen e.V. im Rahmen des Beratungsnetzwerks des Demokratie-Zentrums Sachsen Fachberatung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt an. Der Entwicklung von Strategien und Methoden gegen Antisemitismus und Verschwörungsideologien widmen sich im Freistaat die im Bundesprogramm »Demokratie leben!« geförderten Modellprojekte »Debunk« der Amadeu Antonio Stiftung sowie das Projekt »Gibt's doch gar nicht« des HATiKVA e.V.«

Hinweis:

Das Demokratie-Zentrum Sachsen wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« gefördert. Die Maßnahme wird zudem mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag verabschiedeten Haushaltes.

Links:

[Mehr Informationen über das Demokratie-Zentrum Sachsen](#)